

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textildachleuten

Band: 83 (1976)

Heft: 7

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht fixierten Farbstoffes, wird die Ware kontrolliert, dabei werden Fehler bezeichnet, Ramsch herausgenommen. Schlussprozess ist das Fertiggrammieren, wiederum auf dem Spannrahmen, die Ware erhält bei diesem Prozess Weichmacher zur Griffvariierung oder Antistatika, die zu verbesserten Trageigenschaften führen.

Letzter Arbeitsgang ist das Rollen auf Kartonhülsen. Auch hier haben die Maschinenhersteller einige Entwicklungsarbeit geleistet, denn spannungsloses Rollen von elastischen und hochelastischen Wirkwaren war lange Zeit problematisch. Die Probleme erstreckten sich vom exakten Messen über Breitenverlust durch Spannung, kantengerade Rollen, Weichheit oder Härte der Rollen.

Wenn Wirker und Drucker gut und mit offenen Karten zusammenarbeiten, sollte das Endprodukt eine ansprechende gut verkäufliche Ware sein, zu beider Vorteil.

G. Rüsseler
Heberlein Textildruck AG, 9630 Wattwil

Volkswirtschaft

Thesen zur Rezession und ihrer Ueberwindung

Renaissance alter Konflikte im konjunkturellen Weltbild

Der Siegeszug der neo-klassisch-post-keynesianischen Synthese in der Nationalökonomie beschränkt sich — wie wir heute sehen — auf das Schlachtfeld des Lehrbuch-Marktes. Die alte, bohrende und in den 30er Jahren so ketzerische Grundfrage von Keynes nach der globalen Stabilität eines modernen Marktsystems stellt sich heute einmal mehr in aller Schonungslosigkeit und Schärfe. Der theoretische Beweis, dass die Neoklassik mit der Negation eines Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung — zumindest auf der logisch-akademischen Ebene — Recht behalten hat, ist nach Tobin weder ein Trost für die immer noch bzw. erneut wieder dominierende Neoklassik, noch ein wirklicher Schlag gegen Keynes, der das Gegenteil behauptet hatte. Denn (so Tobin) «Die grosse Krise bleibt die grosse Krise, und der notorische ‚Treasury View‘ (dass öffentliche Aufträge zur Arbeitsbeschaffung nur private Nachfrage verdrängen) ist so oder so lächerlich, ob nun die Arbeitslosigkeit als ein Phänomen des Gleichgewichtes oder eines verlängerten Ungleichgewichtes angesehen wird.»

Mit der Weltrezession ab 1974 ist diese Problematik neu aufgebrochen, und wieder argumentiert ein grosser und

vor allem publizistisch aktiver Teil der Ökonomen, dass die Wirtschaft sich am besten ohne staatliche Gegensteuerung zu einem Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückfinden werde. Dies ist sowohl die Grundlage für die Propagierung fixer Regeln für die Geld- und Finanzpolitik (statt aktiver, diskretionärer Gegensteuerung) wie auch für die Strategie, der Rezession ihren Lauf zu lassen und die Anstrengungen auf den Glauben zu beschränken, dass wir in spätestens ein bis zwei Jahren automatisch wieder bei einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung angelangt sein werden. Was dazwischen liegt, ist das «reinigende Bad», eine «Quelle der Regeneration», des «echten Leistungswillens», eine «kurzfristige Friktion» oder gar der unvermeidliche Preis des «Hochmuts der keynesianischen Wirtschaftspolitik» der Nachkriegszeit. Aber ich halte mich auch hier an Tobin und damit an Keynes: «Vielleicht hat der liebe Gott die Welt so gemacht, dass Vollbeschäftigung sich automatisch einstellt und erhalten bleibt. Vielleicht garantiert uns die Vorsehung, dass kapitalistische Marktwirtschaften wie in den Bann von Depressionen geraten ... und daher keine Abweichungen von fixen Regeln der Politik ohne Feedback zwischen realer Entwicklung und Instrumenteneinsatz erfordern. Aber Keynes hatte gute empirische und theoretische Gründe, das Gegenteil zu vermuten.» Ich meine, wir auch, wenn wir an die gut 15 Mio Arbeitslosen der westlichen Welt und mit bezug auf unser Land an das dritte Rezessionsjahr in einer Reihe denken. Zumindest sollten wir das Risiko ernst nehmen. Ich stehe auf dem Boden, dass dieses Risiko weit mehr Realität geblieben bzw. wieder geworden ist als uns lieb sein kann — und vor allem als gemeinhin angenommen wird. Insbesondere glaube ich, dass bei «grossen Störungen» exogener Natur und bei starken kumulativen Prozessen endogener Natur die Entartung in krisenhafte Ausschläge mit permanenten Schäden viel wahrscheinlicher ist als die automatische Zurück-Stabilisierung. Irgendwo muss es kritische Grenzen der Selbststeuerungsfähigkeit geben; denn nur so können wir erklären, dass einerseits die permanenten Ungleichgewichtskräfte der Marktwirtschaft zu permanenten «Krisensituationen» führen, andererseits solche aber doch immer wieder auftauchen. In der Terminologie von Leijonhufvud müssen wir somit «Korridorphanomene» von «Nicht-Korridorphanomenen» unterscheiden, wobei bei den letzteren die Homöostaten des Marktes ausser Funktion gesetzt werden, mit der Folge, dass kumulative Prozesse vom Gleichgewicht wegführen. Damit sind wir bereits beim zweiten Punkt, nämlich den Ursachen der «Krise» angelangt.

Die Ursachen der Krise

Es wäre ein Leichtes, die restliche Zeilenkapazität mit einer Aufzählung plausibler Krisenursachen auszufüllen. Das wäre jedoch recht nutz- und zwecklos, weil diese Ursachen im krassen Gegensatz zur vorherrschenden Laienauffassung — gar nicht (mehr) von zentraler Bedeutung für die Evaluation der Lage und der möglichen Strategien zur Wiederbelebung ist. Ein Rückblick auf die dreissiger Jahre soll das illustrieren.

Wenn die Ursachen der Depression der dreissiger Jahre auch sehr verschieden waren, ist es trotzdem nicht ausgeschlossen, dass im Hinblick auf das Verpassen des Wiederaufschwunges bzw. den vorzeitigen Abbruch von schwächlichen Auftriebskräften ganz wichtige Lehren auch für unser Hier und Heute zu ziehen sind. Denn eines ist völlig klar: Wir wissen ziemlich präzise, was den Börsenkrach von 1929 verursacht hat; aber weshalb sich dieser

zu einer fast zehnjährigen Depression auswuchs, ist viel weniger klar, aber eben viel wichtiger, indem weder aus damaliger noch aus heutiger Sicht ein derart katastrophaler Verlauf als unvermeidlich zu taxieren ist. An sich waren von der Seite der Arbeitskräfte, der Sachkapazitäten, der Rohstoffe und des Managements her die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Produktionsniveaus von 1929 durchaus gegeben, und von einer allgemeinen Ueberproduktion in Relation zu den Bedürfnissen der Menschen konnte dazumal so wenig die Rede sein wie zu jedem anderen Zeitpunkt seit der Vertreibung des Menschen aus dem Paradies! Die Krise war somit weder notwendig noch unabwendbar — und trotzdem konnte sie letztlich nur durch die Rüstungsefforts des Zweiten Weltkrieges endgültig überwunden werden. Die Wirtschaftspolitik vor F. D. Roosevelt und vor J. M. Keynes hat nur wenig mehr versagt als diejenige nachher, ein Faktum, dass geflissentlich übersehen wird. Uebersehen wird aber auch die andere Tatsache, dass die grosse Krise weder ein einziger kontinuierlicher Niedergang noch eine reine Stagnationsphase war, sondern zwei klar abgrenzbare Zyklen umfasste und innerhalb dieser erst noch erratische Auf- und Ab-Bewegungen kleineren Ausmasses auftraten.

Die relevante Frage ist somit auch heute nicht nach den Ursachen *des* krisenartigen Einbruchs, sondern nach den Ursachen, die einerseits aus gewöhnlichen Rezessionstendenzen einen krisenhaften Einbruch entstehen liessen und andererseits nach den Ursachen, welche die mühsame Durchsetzung der durchaus vorhandenen Wiederaufschwungstendenzen bewirkten. Sicher haben die internationale Inflationsbeschleunigung, der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die Vervierfachung der Erdölpreise und die ab 1973 weltweite Inflationsbekämpfung mit primär geldpolitischer Restriktion die Rezession eingeleitet. Das Zusammentreffen dieser vier exogenen Kräfte erklärt sowohl die Schärfe des Einbruchs wie auch die weltweite Synchronisation. Allein die Inflation mit ihren spekulativen Investitionsfolgen musste zwangsläufig in eine scharfe Stockung hineinführen, die übrigen drei genannten Faktoren haben die Bremswirkung verstärkt; aber all das reicht immer noch nicht aus, um unsere unmittelbare Vergangenheit richtig zu verstehen; denn heute ist die Rezession von gestern die dominierende Ursache geworden, weil inzwischen ein immer klassischer werdender kumulativer Niedergang eingesetzt hat, oder sich immer mehr von den initialen Störungen verselbständigt — genauso wie sich die Depression der dreissiger Jahre vom Börsenkrach verselbständigt hatte. Dieser Lösungsvorgang darf jedoch nicht als Fügung des Schicksals betrachtet werden, sondern stellt eben letztlich ein wirtschaftspolitisches Versagen dar. Das war in den dreissiger Jahren aus heutiger Sicht ganz eindeutig so (Budgetgleichgewicht statt gesamtwirtschaftliche Stabilität, irrealer Angst vor Inflation, Glaube an Selbstkorrektur, etc. etc.). Und in den siebziger Jahren? Sind wir nicht während Jahren Gewähr bei Fuss gestanden und haben der inflationären Uebersteigerung sowie der masslosen Bau- und Investitionswelle ab 1970 freien Lauf gelassen, obwohl dieses Laufenlassen schwere Turbulenzen in der Zukunft vorausprogrammierte? Hier liegt nach Galbraith die grösste Gefahr des Kapitalismus, nämlich dass die Leute, die wissen, dass die Dinge schief laufen, immer wieder beteuern, die Lage sei im Prinzip gesund und (noch) nicht alarmierend. Sind wir nicht schon wieder im selben Fahrwasser der Inaktivität, der vagen Hoffnung auf die Tendenzwende im Ausland, des naiven Glaubens an regelmässige Zyklen mit baldigem Wiederaufschwung oder gar des blinden Vertrauens in die rhetorischen Beshwörungen von Politikern?

Wo standen wir Ende 1975?

Wir befanden uns in der Schweiz mitten in einem äusserst gefährlichen Niedergangsprozess, der immer mehr den klassischen Charakter früherer kumulativer Depressionen anzunehmen drohte. Dies gilt sowohl für die Dauer wie auch die Weite und Tiefe des konjunkturellen Sturzfluges. So traten wir nicht nur in das dritte Inflationsjahr ein, sondern mussten auch konstatieren, dass der wirtschaftliche Rückbildungsprozess in den letzten Monaten sowohl im Vergleich zum Jahr 1974 wie auch im Vergleich zum Ausland an Stärke zugenommen hatte. Gemessen an den übrigen Industriestaaten des Westens brachte das Jahr 1975 der Schweiz einen weit stärkeren Abfall von Produktion und Nachfrage. Zudem durften wir im Gegensatz zu Ländern wie etwa der USA oder der Bundesrepublik in nächster Zeit nicht mit einer Tendenzwende rechnen, obwohl eine weitere Beschleunigung des Niedergangs ebenfalls unwahrscheinlich erschien. Schlimm war überdies auch der Umstand, dass die Schwäche der Nachfrage sich praktisch auf alle Nachfragekomponenten (privater Konsum, private Investition, Exporttätigkeit und Nachfrage der öffentlichen Hand) ausgedehnt hatte. Die Hauptlast der Abschwächung erstreckte sich eindeutig und in der ganzen Breite auf den industriell-gewerblichen Sektor unserer Wirtschaft. Im besonderen gerieten in letzter Zeit immer mehr auch die eigentlichen Paradeperle der schweizerischen Industrie in den Strudel der Rezession (Maschinen- und Apparateindustrie, chemische Industrie, Metallindustrie usw.). Trotzdem wird der Ernst der Lage immer noch zu wenig erkannt, nicht zuletzt deshalb, weil die Beschäftigungsfolgen bisher fast ausschliesslich auf die abgeschobenen Ausländer abgewälzt werden konnten und die Produktion auf Lager sowie der Abbau alter Auftragsbestände ein Nachhinken des Produktionsumfanges hinter der Nachfrageentwicklung ermöglicht haben. Gerade diese Umstände, die sich 1975 noch als rezessionsmildernd herausstellen, werden jedoch die Chance für einen baldigen und kräftigen Aufschwung im Jahr 1976 verringern, und dies selbst für den Fall, dass im Ausland sich im laufenden Jahr der Aufschwung durchsetzen sollte. Der drastische Aderlass an der Bevölkerung wird nämlich den Anstieg der privaten Konsumausgaben noch während einiger Zeit sehr stark behindern, während auf der andern Seite der Rückgang des Arbeitspotentials die Sachkapazitäten zur Ueberdimensionierung verurteilt, was auch die private Investitionstätigkeit noch während einiger Zeit hemmen könnte. Ähnliches galt leider meines Erachtens auch für die scheinbar schmerzlose Anpassung in Form der Kurzarbeit anstelle der Entlassung, die einerseits längerfristig die Produktivität behindert und andererseits den politischen Druck auf die Wirtschaftspolitik wegnahm. Ein weiteres und sehr wichtiges Handicap lag im überhöhten und vor allem im tendenziell noch weiter ansteigenden Frankenkurs begründet. Dieser könnte sich nämlich schlimmstenfalls erst dann so richtig als Hemmschuh erweisen, wenn die weltweite Nachfrage nach Exportgütern wirklich zunimmt und damit der Franken erneut steigen könnte. Erst dann müsste sich schlüssig ergeben, inwieweit der kursbedingte Wettbewerbsnachteil der schweizerischen Exportwirtschaft zu schmerzhaften Verlusten von Marktanteilen führen wird. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung in der Industrie war und ist die Exportschwäche primär konjunkturbedingt. Die Tragweite des Wechselkurshandicaps wird sich erst für den Fall eines eindeutigen Weltaufschwunges abschätzen lassen. Die Befürchtungen, dass dieses sich vergrössern könnte, sind leider sehr realistisch, d. h. wir stehen vor

so etwas wie einer «exchange rate trap», der wir wohl nur dadurch zu entkommen vermögen, dass wir eine kräftige interne Expansion in Gang setzen, in deren Gefolge die Zinsen sinken und die Importe möglichst im zeitlichen Gleichschritt mit den Exporten anziehen.

Wenn wir uns auf den rein konjunkturellen Vorgang beschränken und somit von den spezifischen Ursachen und sozialen und politischen Begleitumständen absehen, so lässt sich der konjunkturelle Zusammenbruch der Jahre 1974/75 durchaus mit jenem der Jahre 1930/31 vergleichen. Der wichtigste Unterschied — immer unter rein konjunkturellen Gesichtspunkten — liegt im viel höheren Ausgangsniveau des Absturzes von 1974. Oder anders gesagt: der Sturzflug der schweizerischen Konjunktur ging im Jahre 1974 nicht nur von einem viel höheren Wohlstandsniveau aus, sondern ebenso sehr von einem stärker übersteigerten Boom mit sehr hohen Inflationsraten. Dieser Umstand hat zusammen mit dem massiven Export von Arbeitslosigkeit bislang noch kaum zu einer sichtbaren Massenarbeitslosigkeit im Innern geführt. Gemessen am Rückgang der Arbeitsplätze bzw. am Total von Arbeitslosen und zwangsweise abgeschobenen Ausländern zeigt sich jedoch auch im Beschäftigungsbereich, dass die Situation sehr wohl mit der Lage der dreissiger Jahre vergleichbar ist. Ähnliches gilt für den rapiden Zusammenbruch der Importtätigkeit. Aber selbst bei den Preisen können wir eine Art von Deflationsphänomenen konstatieren, das ebenfalls einen Vergleich mit der grossen Krise vor dem Zweiten Weltkrieg zulässt. War das Jahr 1974 noch durch eine Stagflation gekennzeichnet (rückläufige Produktion und Beschäftigung bei sich beschleunigender Inflation), so ist nun im Jahre 1975 die Inflation in nie erwartetem Ausmasse in sich zusammengefallen. Obwohl das allgemeine Preisniveau immer noch leicht ansteigt, bedeutet der Rückgang von zweistelligen Inflationsraten, die von der Wirtschaft auch für die Zukunft weiter erwartet wurden, auf einen Wert von drei Prozent und weniger eine Art Deflationsprozess. Dies ist so zu erklären, dass auch heute die effektive Preisentwicklung unterhalb der Erwartung verläuft und somit Einkommenserwartungen enttäuscht und dadurch das Kaufverhalten ungünstig beeinflusst. Selbst die staatliche Wirtschaftspolitik war 1975 in gefährliche Nähe einer Deflationspolitik abgerutscht, indem aus übertriebener Inflationsfurcht die Geldpolitik zu lange zu restriktiv geblieben war und infolge der Disziplinlosigkeit der Finanzpolitik in der Vergangenheit auch diese im falschen Moment der Sparflamme ausgesetzt wurde. Aber nicht genug, auch im aussenwirtschaftlichen Sektor besteht eine Parallele, indem wir auch heute mit einem Aufwertungseffekt des Schweizerfrankens belastet sind, der gegenwärtig zudem noch viel höher ausgefallen ist als in den dreissiger Jahren als Folge der Abwertung des Dollars. All diese Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass wir auch mit dem Auslaufen der Talfahrt oder gar einer Tendenzwende im Ausland noch lange nicht aus den Problemen heraus sind, kann doch ein Aufschwung aus der Labilitätszone der Depression heraus sehr leicht wieder abkippen bzw. sehr leichtfertig wirtschaftspolitisch abgewürgt werden. In dieselbe gefährliche Richtung weisen auch die strukturpolitischen Probleme, die wir aus der Phase des Superbooms, der Superinflation und des Superimports von ausländischen Arbeitskräften geerbt haben. Das Zusammentreffen eines äusserst kräftigen konjunkturellen Niedergangs mit schwerwiegenden Strukturanspannungen in der Binnen- und Exportwirtschaft lässt erwarten, dass auch ein allfälliger Wiederaufstieg sehr langsam und sehr holprig ausfallen wird.

Welche Alternativen hatten wir zu Jahresbeginn?

Betrachten wir vorerst das Problem einmal auf der Ebene grundlegender Strategien, so waren in der öffentlichen Diskussion drei verschiedene Alternativen festzustellen. Die erste möchte ich als heroische Selbstreinigung durch Regeneration der Marktkräfte bezeichnen. Diese besteht letztlich in einem Laufenlassen der Rezession, weil eine dauerhafte Umkehr nur aus einer Gesundung bzw. einer Gesundschumpfung hervorgehen kann. Als Massnahme für diese Strategie kommen in Frage einmal die Fortsetzung der Inflationsbekämpfung, weil die Inflation die wichtigste Ursache für die Störung der Funktionstüchtigkeit der Marktwirtschaft darstellt. Des weitern richtet sich diese Strategie auf die Wiederherstellung von Wettbewerb und Konkurrenz sowie auf die Sanierung des Staatshaushaltes (Budgetgleichgewicht), weil — immer im Rahmen dieser Strategie — das Verhalten des Staates ein instabiles Element der Wirtschaft darstellt. Hinzu kommt eine sozialpolitische Absicherung gegenüber Härtefällen im sozialen Sinne, d. h. die Kompensation sozialstossender Rezessionsfolgen (zum Beispiel Arbeitslosenversicherung, Sozialfürsorge, etc.). Mit dieser Strategie wären selbstverständlich namhafte Risiken verbunden gewesen, so vor allem die Möglichkeit, dass aus der Selbstreinigung eine Selbstliquidation würde, indem der kumulative Prozess soweit nach unten übersteuert, dass das marktwirtschaftliche System aus ökonomischen, sozialen oder politischen Gründen im Gefolge des «Gesundungsprozesses» stirbt. Selbst wenn es aber nicht soweit kommt, hätte diese Strategie unter Umständen sehr namhafte Effizienzverluste zur Folge gehabt, weil bei längerer Dauer der Depression unnötigerweise zuviele Kapazitäten zerstört und zuviele Ressourcen endgültig verschwendet werden. Es sei daran erinnert, dass bereits in der Phase 1929 bis 1932 der damalige konservative amerikanische Präsident, Herbert Hoover, diese extreme liberale Strategie kategorisch abgelehnt hatte. Inzwischen sollten wir zweierlei dazugelernt haben: zum einen wissen wir heute genau, dass es keine regelmässigen Zyklen gibt, sondern eben sowohl längerfristige Phasen des raschen Wachstums wie auch der Stagnation. Zum andern sind nach dreissig Jahren Hochkonjunktur die sozialen und politischen Empfindlichkeiten gegenüber wirtschaftlichem und wirtschaftspolischem Versagen gewaltig angestiegen. Diese Strategie wäre somit nur dann ein gangbarer Weg gewesen, wenn wir mit einem baldigen und kräftigen Aufschwung im Ausland hätten rechnen können, von dem wir zudem annehmen dürften, dass er sich voll und unverzüglich über die Exportwirtschaft auf unsere Volkswirtschaft überträgt und wenn wir schliesslich an das automatische Zurückfinden zu einem längerfristigen Gleichgewicht glauben.

Die zweite grundlegende Strategie zielt auf die Anpassung auf ein langfristiges neues Gleichgewicht ohne nennenswertes Wachstum ab. Für die Anhänger dieser Strategie war und ist der konjunkturelle Einbruch der Jahre 1974/75 somit ein willkommenen Anlass, das unsinnige (weil angeblich selbstzerstörerische) Wachstum in sinnvolle Bahnen umzulenken und dabei die gesamte Struktur unserer Wirtschaft an Haupt und Gliedern zu reformieren. Im Zentrum dieser Strategie stehen somit Massnahmen der Strukturpolitik, d. h. der bewussten Lenkung der Zusammensetzung der Produktion. Subsidiär kämen auch in Frage die Fortsetzung des Abbaus von Ausländern sowie eine Forcierung der Verkürzung der Arbeitszeit. Auch mit dem sozialen Ausgleich und einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung müsste

man im Rahmen dieser Strategie rasch vorankommen, weil die fehlenden Wachstumsaussichten die diesbezüglichen Konflikte verschärfen. Eine starke Stimulierung der Wirtschaft wäre — immer im Rahmen dieser Argumentation — an den wesentlichen Problemen vorbeigegangen und trotz der zugegebenermassen möglichen kurzfristigen Vorteile auf längere Sicht kontraproduktiv gewesen. So attraktiv diese Rezeptsammlung für Gesellschaftsreformer und Kritiker des ungezügelten Wachstums der letzten Jahre auch immer sein mag, so entbehrt sie trotzdem einer seriösen theoretischen und politischen Fundierung. Nicht nur ist die Zielsetzung eines stationären Gleichgewichtes bloss eine kaum konkretisierbare Utopie, sondern der Politik fehlen überdies auch operationale Ziele und Instrumente zur Realisierung einer derartigen Strukturpolitik. Die Attraktivität dieser Strategie beschränkt sich infolgedessen auf die Ebene der verbalen Beschwörung, lenkt damit aber von den wichtigsten Problemen ab und könnte so erst recht in eine permanente Instabilität hineinführen. Ueberbordende Konjunktur und grenzenloses Wachstum gehören so oder so der Vergangenheit an, und es wäre ein grosser Fehler zu glauben, dass wir einer Krise bedürfen, um zu einer vernünftigen Wirtschaftsordnung und zu einem harmonischeren Wachstum zu gelangen.

Damit kommen wir zur dritten und letzten Strategie in Form eines im grossen ganzen gesehen «keynesianischen Expansionsprogramms». Dieses muss darauf gerichtet sein, die volkswirtschaftlichen Expansionsgrössen, private Investitionen, öffentliche Investitionen, privater Konsum, öffentlicher Konsum und Exporte anzukurbeln bzw. die volkswirtschaftlichen Kontraktionsgrössen wie das Sparen, die Steuern und die Importe zu verringern. Im Zentrum dieser Strategie steht somit eine expansive Globalpolitik, die im wesentlichen aus der Finanz-, Geld- und Aussenwirtschaftspolitik besteht. Grundsätzlich kommen alle Massnahmen in Frage, die die Gesamtnachfrage vergrössern, sei es durch Erhöhung der Staatsausgaben, durch Senkung der staatlichen Einnahmen, durch Lockerung der Geldpolitik, durch Beeinflussung des Wechselkurses, etc. Selbstverständlich barg nun auch diese Strategie wesentliche Risiken in sich, obwohl sie im ganzen gesehen als problemadäquat und somit notwendig bezeichnet werden musste. So galt es vor allem zu vermeiden, dass vor Erreichung der Vollbeschäftigung die Inflationsspirale wieder in Gang gesetzt wird. Des weiteren müssen Vorkehrungen getroffen werden, um zu verhindern, dass im Gefolge dieser Expansionspolitik der Anteil der öffentlichen Hand permanent erhöht wird, und dass durch die expansiven Massnahmen langfristig sinnvolle Strukturanpassungen unterbunden werden. Weil mit der expansiven Strategie eine zunehmende Staatsverschuldung einhergehen muss, ist ebenfalls die Frage der ökonomischen und politischen Grenzen der Staatsverschuldung mit einzubeziehen. Ob sich diese Risiken zu echten Problemen auswachsen, ist nicht primär eine Frage der expansiven Strategie an sich, sondern vielmehr der konkreten Ausgestaltung eines Expansionsprogramms.

Wo stehen wir heute und wie könnte es weitergehen?

Im Vergleich zur Jahreswende hat sich das Bild aufgehellt, wenn auch primär hinsichtlich des Ausbleibens möglicher katastrophaler Fehlentwicklungen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik. Waren noch bis vor kurzem die (meisten) wissenschaftlichen Experten eher pessimistischer als die Exponenten von Wirtschaft und

Politik, so ist es heute wieder umgekehrt, was nicht zuletzt durch das Nachhinken der Beschäftigung hinter der konjunkturellen Aktivität bedingt ist. Doch welche Erkenntnisse haben konkret zu dieser Aufhellung beigetragen?

1. Zentral ist die Erkenntnis, dass die konjunkturlösen sechziger Jahre mit ihrer permanenten Ueberaktivität definitiv in die Vergangenheit eingegangen sind und dereinst wohl als Rarität in der Wirtschaftsgeschichte berühmt werden. Was an ihre Stelle getreten ist, ist jedoch nicht — wie ursprünglich befürchtet — ein total neues Zeitalter von Stagflation und Wachstums-krise, sondern eher der alte und altbekannte konjunktur-elle Zyklus. In diesem Sinne funktioniert unsere Wirtschaft durchaus «normal», wenn man darunter die Unvermeidlichkeit der Abfolge von expansiven und kontraktiven Prozessen versteht. Und in diesem Sinne hat denn auch die klassische Medizin in Form von expansiver Geld- und Finanzpolitik einigermassen befriedigend gewirkt. Die USA, die BRD und wohl auch Japan haben auf diese Weise den unteren Wendepunkt definitiv hinter sich gelassen und ihre Aufschwungsprognosen müssen eher nach oben revidiert werden. Auch bei uns ist der Abschwung dank der kontinuierlichen Gegenhaft von interner Stimulierung und aussenwirtschaftlicher Belebung in die Schlussphase eingetreten.

Das alles heisst nun nicht, dass wir einfach zur Tagesordnung übergehen können und dürfen. Auch wenn sich die konjunkturellen Wolken gelichtet oder gar weitgehend verzogen haben werden, bleibt der Himmel weiterhin recht düster, indem die verbleibenden Wachstums- und Strukturbarrieren erst in einem harten und hartnäckigen Ringen abgebaut bzw. übersprungen werden können.

2. Im Gegensatz zu den USA zum Beispiel ist bei uns nicht mit einer V-förmigen Erholung zu rechnen, bei der die Kurve ebenso rasch und weit nach oben schnellen werden, wie sie vorher heruntersausten. Dagegen sprechen die noch nicht abgeschlossene Redimensionierung gewisser Binnen- und Exportbranchen, der gewaltige Aderlass an der Bevölkerungszahl, die dadurch entstandenen Disproportionierungen zwischen technischen und personellen Kapazitäten sowie die Verdauungsschwierigkeiten der zum Teil zügellosen Expansionsexzesse der letzten zehn Jahre.

Andererseits benötigen wir in der Schweiz angesichts der praktisch stagnierenden Zahl der Arbeitskräfte nur einen sehr geringen Wachstumsspielraum, um die Vollbeschäftigung auch mittelfristig wieder sicherzustellen. Das im Verlaufe des Aufschwunges zu vollziehende Einschwenken auf einen flacheren Wachstumspfad in die achtziger Jahre ist somit eine Gefahr und Chance zugleich. Bis jetzt hat man vielleicht etwas zu einseitig nur von den Risiken und Anpassungsschwierigkeiten gesprochen.

3. Wir dürfen auch befriedigt sein, wie unsere Gesellschaft diese Rezession akzeptiert und durchgestanden hat. Das Verhalten im Markt, in der politischen Arena und im finanziellen Bereich war mehrheitlich sehr vernünftig und ausgewogen. Dass die Inflation so rasch zusammenbrach, ist nicht nur der Geldpolitik der Nationalbank zuzuschreiben, sondern mindestens ebenso sehr der Ruhe an der Lohnfront. Unternehmer und Arbeitnehmer haben sich in der Regel erstaunlich gut und schnell an die neuen Anforderungsprofile angepasst, während die Banken ihre grossen Gewinne sehr oft auch für das Durchhalten liquiditätsmässig gefährdeter

Betriebe und die Erhöhung der Kreditrisiken eingesetzt haben. Selbst die Wirtschaftspolitik war eher besser als ihr Ruf, der jedoch arg angeschlagen erscheint. Immerhin haben Nationalbank und Bund für das Jahr 1976 ein Auftragspolster bereitgestellt und sind dabei nur wenig Folgerisiken eingegangen. Die richtige Wahl des Zeitpunktes, wo die staatlichen Krücken — in Form von monetären Spritzen und finanzpolitischen Stimuli — wegzuwerfen sind, steht uns noch bevor.

Dr. Silvio Borner
Professor an der Hochschule St. Gallen
9000 St. Gallen

men ist. Zu beachten ist indessen, dass die «Halsabschneiderkonkurrenz», wie an manchem Beispiel zu belegen wäre, in der Regel nicht primäre Ursache einer hohen «Unternehmungssterblichkeit» ist. Am Ursprung liegen zumeist eindeutige Ueberkapazitäten sowie eine ungenügende Mobilität der Produktionsfaktoren — auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite notabene. Das bedeutet, dass eine weniger wettbewerbsfreundliche Auslegung von Kartellgesetzen beziehungsweise die Akzeptierung von Absprachen, die in der Hochkonjunktur nicht zulässig wären, die wirklichen Branchenprobleme kaum zu lösen vermag. Man wird sich jedenfalls hüten müssen, mittels einer allzu restriktiven Wettbewerbspolitik von Staates wegen die Marktgeschäfte zu lähmen und damit kostspielige Strukturhaltung zu betreiben. G. B.

Wettbewerb in der Rezession

«Kartelle sind Kinder der Not» ist eine häufig zu hörende Feststellung. Vereinbarungen zwischen Unternehmungen beispielsweise über ihre Preisgestaltung kommen — das ist die Erfahrung — nicht selten dann zustande, wenn infolge eines Nachfragerückganges Absatzschwierigkeiten auftreten und die Ertragsspannen zusammenschrumpfen. Aber auch die gegenteilige Auffassung wird vertreten: «Kartelle sind Kinder des Glücks». Danach würden sich die Unternehmungen vorwiegend in Aufschwungsphasen zusammenschliessen, um rasch verbesserte Konditionen durchsetzen zu können, ohne die Gefahr eines Verlustes von Marktanteilen laufen zu müssen. Wirklich überzeugende empirische Untersuchungen, ob die eine oder die andere These stichhaltiger ist, scheinen nicht vorzuliegen.

Umgekehrt ist freilich auch der Einfluss von Kartellen und anderen wettbewerbseinschränkenden Abmachungen auf die Konjunktur keineswegs geklärt. So ist es etwa durchaus offen, ob sich die Preisstabilisierung vieler Kartelle im Abschwung konjunkturstabilisierend, das heisst krisenmildernd, auswirkt. Gewiss kann die relative Hochhaltung von Kartellpreisen in der Depression zu einer Verbesserung der Kartellerträge beitragen und damit die Konjunktur beleben. Der Versuch, die Preise über dem Niveau festzusetzen, das bei freier Konkurrenz zustande käme, kann die Nachfrage nach den Produkten der Kartellmitglieder indessen auch weitgehend zusammenbrechen lassen, was alles andere denn aufschwungsfördernd wäre.

Treffen diese Ueberlegungen zu, so wird man eine konjunkturabhängige Kartellpolitik, die gerade heute da und dort herbeigeseht zu werden scheint, als einigermaßen problematisch empfinden. Der Wettbewerb gehört — ähnlich wie der Arbeitsmarkt — zu jenen Wirtschaftsbereichen, die nicht einer ständigen «Stop-and-go-Politik» ausgesetzt sein sollten. Eine «undifferenzierte Förderung von Wettbewerbsbeschränkungen unter dem Titel der Selbsthilfe gegen die Rezession» ist, wie die Schweizerische Kartellkommission sich in ihrem eben veröffentlichten Jahresbericht ausdrückt, durchaus unerwünscht.

Gewiss versteht man die Besorgnis, die in gewissen Branchen — so in der Bauwirtschaft — angesichts des ruinösen Wettbewerbs einzelner Unternehmer aufgekom-

Wirtschaftspolitische Wünsche der Bekleidungsindustrie

Die bisherigen Massnahmen des Staates zur Linderung der schlechten Wirtschaftslage wie die Aufhebung der Kreditbegrenzung, die Freigabe von Arbeitsbeschaffungsreserven, der Ausbau der Exportrisikogarantie und die bevorzugte Diskontierung von Exportwechseln haben die Beschäftigungslage in der Bekleidungsindustrie, wie der Gesamtverband der Schweizerischen Bekleidungsindustrie betont, weit weniger beeinflusst als jene der meisten anderen Industrien. Mehr Erfolg brächte ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Einkaufsstellen (Bund, Kantone, PTT, SBB usw.) durch zeitliches Vorziehen von Aufträgen im Bekleidungssektor.

Kurz- und mittelfristig drängen sich für die Bekleidungsindustrie, wie der Gesamtverband in diesem Zusammenhang feststellt, folgende Massnahmen auf:

1. Intervention gegenüber importerschwerenden Massnahmen des Auslandes.
2. Kontrolle der Importe aus Billigpreisländern und nötigenfalls eine angemessene Beschränkung derselben zur Vermeidung von Marktzerstörungen im Inland.
3. Erhöhte Anstrengungen und enge Zusammenarbeit mit den Behörden zur Exportförderung und Ausschöpfung aller betrieblichen Möglichkeiten zur Leistungs- und Qualitätssteigerung.
4. Milderung des Beschäftigungseinbruchs durch Vorziehen von Bundesaufträgen.

Im Vergleich zur gesamten Industrie wies und weist die Bekleidungsindustrie eine verhältnismässig geringe Zahl von Arbeitslosen auf. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen dürfte daraus abgeleitet werden, dass der Umstrukturierungsprozess in dieser Branche weitgehend abgeschlossen sei.